# Das Schlimmste steht uns noch bevor

**Gabriels Zwischenbilanz zur Energiewende klingt, als sei sie praktisch schon in trockenen Tüchern. Aber es warten gigantische Aufgaben. Dagegen erscheinen die bisherigen Probleme als winzig.**

Als Sigmar Gabriel am Donnerstag vor Hunderten von Strom- und Gasmanagern in Berlin eine Zwischenbilanz seiner Energiepolitik zog, klang der Bundeswirtschaftsminister fast so, als sei das Jahrhundertprojekt Energiewende praktisch schon in trockenen Tüchern.

Mit der in dieser Woche beschlossenen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes habe die große Koalition den entscheidenden "Paradigmenwechsel" herbeigeführt, warb Gabriel: Der Staat werde künftig keine Ökostromtarife mehr festlegen.

Stattdessen müssen künftig Solar- und Windkraftinvestoren in einem Wettbewerbsverfahren um Fördergelder gegeneinander antreten, und nur der billigste bekommt die Baulizenz. Damit ziehe endlich Marktwirtschaft in die Energiewende ein. Die "letzten großen Gesetzesvorhaben", so Gabriel, werde man dann in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode angehen.

***Video: "Die Energiewende ist nicht mehr aufzuhalten"***

War es das dann also? Wird die Energiewende dank des reformierten Ökostromgesetzes zu einem Selbstläufer hin zu einer bezahlbaren und sicheren Vollversorgung mit sauberer Energie? Bundesregierung und grüne Opposition hatten im Gesetzgebungsverfahren bislang stets betont, es gehe darum, mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Beschlüssen der Weltklimakonferenz von Paris gerecht zu werden.

## Das Erneuerbare-Energien-Gesetz allein genügt nicht

Dort hatten sich die Staatschefs der Vereinten Nationen im Dezember vergangenen Jahres faktisch auf die "Dekarbonisierung" der Welt in diesem Jahrhundert verständigt, also das Ende aller CO-Emmissionen, wie sie bei der Verbrennung von Öl, Gas und Kohle entstehen.

Ein Blick auf die Zahlen weckt allerdings Zweifel daran, ob dieses Ziel mit dem EEG erreicht werden kann. Denn das zentrale Gesetz zur Umsetzung der deutschen Energiewende ist ein reines Stromwendegesetz. Es bewirkt vor allem eine umlagefinanzierte Subvention von Wind- und Solarstromproduzenten in Höhe von rund 25 Milliarden Euro pro Jahr.

Für diese gewaltige Summe wurde bemerkenswert wenig erreicht: Solarstrom deckt heute erst ein Prozent des deutschen Energiebedarfs. Und trotz einer regional hohen Belastung der Bevölkerung mit den deutschlandweit rund 26.000 Rotortürmen kommt Windstrom erst für 2,4 Prozent der deutschen Energienachfrage auf. Auf dem Weg zur Dekarbonisierung mittels Ökostrom wurden also erst Trippelschritte zurückgelegt.

Dass die Grünstromwende noch entscheidend an Tempo gewinnt, ist unwahrscheinlich: Denn die tief hängenden Früchte wurden nun bereits geerntet, die sonnenreichsten Dachflächen mit Südneigung sind mit Solarmodulen belegt, die windstärksten Regionen mit Windkraftanlagen schon ziemlich vollgestellt.

## Gesellschaftliche Widerstände bei intensiverem Ausbau

Zwar sollen die deutschen Stromverbraucher jetzt auch Solaranlagen auf weniger ertragreichen Dächern mit Ost- oder Westneigung subventionieren und Windkraftanlagen an windschwachen Standorten. Doch der Unmut der Landbevölkerung hat inzwischen ein handfestes Konfliktpotenzial erreicht.

Zwar leiten die Lobbyverbände der Ökoindustrien sowie die Grünen aus den Pariser Klimabeschlüssen den Auftrag ab, die Energiewende noch zu beschleunigen. Doch wenn sich selbst ein grüner Umweltminister wie Robert Habeck im Ökomusterland Schleswig-Holstein ausdrücklich wegen der "Unruhe im Land" dazu entschließt, die Ausbauziele für Windkraft um zehn Jahre nach hinten zu schieben, spricht das nicht gerade für ein hohes Beschleunigungspotenzial der Energiewende. Mit den landschaftsverändernden Bauten wachsen allerorten auch die gesellschaftlichen Widerstände.

Die Debatte um die Energiewende basierte jahrelang auf der Illusion, dass es mit möglichst viel Ökostrom getan sei. Bestärkt wurde dieser Glaube in der Öffentlichkeit von einer selektiven öffentlichen Statistik, die stets nur den Anteil grüner Energie am deutschen Stromverbrauch vorrechnete.

Da sahen die in wenigen Jahren erreichten 30 Prozent eindrucksvoll aus. Der Weg zu den vollen 100 Prozent schien überschaubar zu werden. Doch die Tatsache, dass der Stromsektor nur für ein Fünftel des deutschen Endenergieverbrauchs steht, wurde dabei völlig ausgeblendet. Selbst wenn ein Ökostromanteil von 100 Prozent erreicht wäre, hätte Deutschland immer noch vier Fünftel des Weges zur Dekarbonisierung vor sich.

## Das neue Modewort heißt "Sektorkopplung"

Langsam schleicht sich die Erkenntnis der begrenzten Wirkung aller bisherigen Bemühungen in die Gesprächsrunden, Verbändediskussionen und Ministerbüros in Berlin: Dort geht seit Kurzem ein neues Modewort um: "Sektorkopplung".

Hinter dem Begriff steht die Notwendigkeit, auch die Sektoren Verkehr, Heizenergie und Landwirtschaft mit Ökostrom zu betreiben – denn ohne diese Erweiterung fiele die Dekarbonisierung aus, der Klimaschutz wäre gescheitert. Es geht um eine gigantische Aufgabe, neben der die bisherigen Energiewendebemühungen winzig erscheinen.

Allein die Wärmeversorgung Deutschlands benötigt derzeit 1200 Terawattstunden Energie, das übersteigt den deutschen Stromverbrauch um das Doppelte. Die Ökostromer liefern heute erst rund 200 Terawattstunden.

Soll auch noch der Verkehr mit Grünstrom elektrifiziert werden, müssten die Ökostromkapazitäten noch mal verzehnfacht werden. Selbst wenn man gewaltige technologische Effizienzsprünge annimmt, die sich in der nötigen Größenordnung noch nirgendwo abzeichnen, müsste die Produktion erneuerbarer Energie immer noch um das Vier- oder Fünffache ansteigen.

## Der radikale Wandel in unserem Verhalten steht noch bevor

Niemand weiß, wo so viel Ökostrom herkommen soll: Studien dazu gibt es nicht. Eine Verfünffachung der Zahl der Windkraftanlagen im Land und auf See scheint illusorisch. Wie ein Stromnetz aussehen müsste, das solch gewaltige Ökostrommengen zu transportieren hätte, mag sich bislang ebenfalls noch kein Entscheidungsträger ausmalen.

Niemand sollte sich deshalb der Illusion hingeben, dass bei der Energiewende quasi das Schlimmste schon hinter uns liege. Das eigentliche, in Paris gefeierte Ziel heißt Dekarbonisierung, und die bisherige Energiewendepolitik hat Deutschland diesem Ziel kaum näher gebracht.

Der radikale Wandel in der Art, wie wir leben und wirtschaften, steht noch bevor. Zwei Wege sind denkbar: noch mehr gesetzliche Klimaregulierungen, Vorgaben und Verbote; und noch höhere Steuern, Abgaben und Umlagen.

Die Alternative besteht darin, den ineffizienten Staatsinterventionismus zu beenden und konsequenter auf das bereits erprobte Instrument des Emissionshandels zu setzen. Der freie Handel mit CO-Rechten ersetzt die erfolglose Planwirtschaft in der Energie- und Klimapolitik durch alle Vorteile einer Marktwirtschaft, in der allein Ideen und menschlicher Erfindungsgeist gedeihen können.